



Weniger Lohn: Angestellte des Bundes sollen nächstes Jahr beim Sparen helfen.

Bundesrat entscheidet über Lohnmassnahmen

## **Der Bundesrat fordert Opfer**

Die rund 140'000 Bediensteten des Bundes müssen nächstes Jahr auf den Teuerungsausgleich verzichten. Individuelle Lohnerhöhungen werden eingeschränkt. Zulagen teilweise abgebaut. Insgesamt steuert das Personal des Bundes und seiner Regiebetriebe 309 Millionen Franken an die Haushaltentlastung bei.

Der Bundesrat hat am Montag über die Lohnmassnahmen 1997 entschieden. Das vor den Räten liegende Bundesbudget plafoniert die Personalausgaben auf dem Stand des Voranschlages 1996. Es sieht darüber hinaus eine zweiprozentige Kreditsperre vor, der auch das Personal unterliegt. Unter allen Titeln verlangt dies von den 47'000 Bediensteten der allgemeinen Bundesverwaltung einen Sparbeitrag von gut 121 Millionen. Die 59'000 Bediensteten der PTT steuern 104 Millionen bei, die 34'000 der SBB knapp 84 Millionen.

Insgesamt 151,2 Millionen lassen sich damit einsparen, dass die Jahresteuern von 0,8 Prozent generell nicht ausgeglichen wird. Diese Massnahme spart bei der Bundesverwaltung 56,8 Millionen, bei den PTT 61,6 Millionen und bei den SBB 32,8 Millionen. Nicht berücksichtigt sind dabei die Rentnerinnen und Rentner, die ebenfalls keinen Teuerungsausgleich erhalten.

Weitergeführt wird mit einem Spareffekt von 15 Millionen auch das Kaderlohnopfer von 1 Prozent für die Lohnklassen zwischen 100'000 und 180'000 Franken, von 2 Prozent in den Überklassen bis rund 300'000 Franken und von 3 Prozent für Bundesräte und andere Magistraten. Zusammen mit dem Verzicht auf den Teuerungsausgleich wird so bereits die Plafonierung der Personalausgaben erreicht.

### **Abbau von Zulagen**

Bei der allgemeinen Bundesverwaltung und bei den PTT werden sodann die ordentlichen und ausserordentlichen individuellen Lohnerhöhungen um 25 Prozent reduziert, bei den SBB um 50 Prozent. Total führt dies zu weiteren Einsparungen von rund 64 Millionen. Die allgemeine Bundesverwaltung senkt zudem die Anfangslöhne bei Neueinstellungen um 10 Prozent, was die Rechnung um 8 Millionen entlastet. Die Regiebetriebe haben hier keinen Spielraum mehr.

Abgeschafft wird die bereits von 1300 auf 900 Franken reduzierte „unechte“ Familienzulage, von der Verheiratete ohne Kinder profitieren konnten. Hier beläuft sich die Entlastung für Bund und Regiebetriebe auf insgesamt 32,9 Millionen. Dazu kommen 140'000 Franken mit dem Wegfall des Mietzinszuschusses in Genf Mitte 1997. Die SBB sparen zusätzlich 10 Millionen, indem sie ab der fünften Lohnklasse den Ortszuschlag um 10 Prozent abbauen.

### **Gewerkschaften empört**

Die Personalverbände der Bundesangestellten haben heftig auf die vom Bundesrat beschlossenen Lohnmassnahmen beim Bundespersonal reagiert. Der Eisenbahnverband ist empört und entrüstet. Das SBB-Personal sei von den Massnahmen härter als das übrige Bundespersonal betroffen.

Beim SBB-Personal komme es aufgrund der Massnahme zu einem durchschnittlichen Lohnabbau von 3 Prozent. Mit bis zu 7 Prozent Lohnverlust seien die jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am härtesten betroffen, schreibt der Schweizerische Eisenbahn- und Verkehrspersonal-Verband (SEV). Mit dem Beschluss fasse der Bundesrat das SBB-Personal deutlich härter an, als das übrige Bundespersonal und verletze damit die schweizerische Rechtsordnung. Der SEV will prüfen, wie er rechtlich dagegen vorgehen kann.

Die Schmerzgrenze sei erreicht, schreibt der Schweizerische Militärpersonalverband. Jede weitere Massnahme müsse die Zeitbombe „Bundespersonal“ zur Explosion bringen und müsste als klare Kampfansage an die bislang hochgehaltene Sozialpartnerschaft betrachtet werden. Auch der Militärpersonalverband droht mit Gegenmassnahmen.

Der Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe zeigte sich besonders enttäuscht über die Streichung des Teuerungsausgleichs. Der Bundesrat verstecke sich hinter den Obersparern der Nation. Die Politik zerstöre zudem die bisherige einheitliche Personalpolitik.

Der Verband der Gewerkschaften des christlichen Verkehrs- und Staatspersonal der Schweiz spricht von einem Desaster. Der Bundesratsbeschluss entspreche nicht einem sozialpartnerschaftlichen Konsens. Er sei vielmehr das Resultat einer Konzept- und Führungslosigkeit in der Lohn- und Personalpolitik des Bundes.

Berner Tagwacht, 10.12.1996.

Berner Tagwacht > Bundespersonal. Lohnabbau. TW, 1996-12-10